

Zahlungsmoral 2017 leicht schwächer – Trotz Konjunktur-Rekorden mehr als 78.000 Verbraucherinsolvenzen – Inkassounternehmen: „Es gibt einen Sockel an harter Überschuldung“

Die Zahlungsmoral fällt zum Jahreswechsel nur knapp unter ihren Rekordstand vom Sommer 2016. Jetzt melden 65 Prozent der Inkassounternehmen, dass Rechnungen genauso gut wie noch vor sechs Monaten beglichen werden. 21 Prozent stellen sogar eine Steigerung fest. Grund ist die gute Konjunktur. Allerdings hatten noch im Sommer 90 Prozent der befragten Mitglieder des Bundesverbands Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V. (BDIU) eine gleichbleibende bis bessere Rechnungstreue gemeldet.

Bei den Firmenpleiten verlangsamt sich der Positivtrend. 2016 wurden rund 22.000 Unternehmen zahlungsunfähig – minus fünf Prozent und der siebte jährliche Rückgang in Folge. 2017 rechnet die Branche aber nur noch mit einer moderaten Verringerung auf 21.500 Fälle. Schon in den letzten zwölf Monaten waren die Gläubigerschäden durch Insolvenzen um fast zwei Drittel gestiegen. Der Grund: Es traf mehr wirtschaftlich bedeutende Unternehmen. 27 Prozent der Inkassofirmen erwarten zudem, dass die Zahlungsmoral schon in den nächsten Monaten schlechter wird.

BDIU-Präsidentin Kirsten Pedd: „Wir wissen nicht, wie lange die Puste beim Aufschwung noch hält – drängende Fragen, die sich stellen, sind unter anderem: Wie hart wird der Brexit und kann unsere Wirtschaft die Folgen eines solchen Bebens abfedern? Welche Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit unserer exportorientierten Unternehmen wird die Präsidentschaft von Donald Trump haben? Sollte es tatsächlich auf mehr Protektionismus und Einschränkungen für den freien Handel hinauslaufen, wären das denkbar schlechte Vorzeichen für ein weiteres Wachstum.“

76 Prozent der BDIU-Unternehmen melden, dass ein momentaner Liquiditätsengpass der Grund ist, warum Firmen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Vor einem Jahr lag dieser Wert nur bei 62 Prozent. 41 Prozent berichten von einer schlechten Auftragslage bei gewerblichen Schuldnern (2016: 29 Prozent).

Aktuell leidet vor allem der Onlinehandel unter Zahlungsmuffeln. 48 Prozent der Inkassounternehmen melden das. Weitere Branchen mit schlecht zahlenden Kunden sind das Handwerk (eine Erfahrung von 39 Prozent der Inkassounternehmen), die Dienstleistungsbranche allgemein (36) sowie Fitnessstudios (34 Prozent). Deutlich verbessert hat sich die Zahlungsmoral bei Energieversorgern. Noch vor einem Jahr meldeten fast die Hälfte (47 Prozent) der Inkassounternehmen, dass diese Branche Probleme mit der Rechnungstreue der Kunden hat. Jetzt sind es nur noch 35 Prozent. Nur 42 Prozent der Inkassounternehmen berichten, dass Arbeitslosigkeit der Grund ist, warum private Verbraucher Zahlungen nicht leisten. 2009, auf dem Höhepunkt der Finanzkrise, lag dieser Wert noch bei 83 Prozent.

Dagegen ein bedenklicher Trend: 54 Prozent beobachten, dass private Schuldner Forderungen vorsätzlich nicht zahlen. Pedd: „Mancher Kunde denkt: Mir wird schon nichts passieren. Das ist purer Egoismus, für den der Gläubiger die Zeche zahlen muss.“

Gegen den Trend entwickelt sich auch die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand. 89 Prozent berichten, dass diese unverändert schlecht ist. Pedd: „Die Steuereinnahmen sprudeln, und dennoch müssen Handwerker und Baufirmen, die Aufträge etwa für Städte und Gemeinden ausführen, um jeden Cent ihrer Rechnungen bangen. Das ist paradox. Die öffentliche Hand ist ein wichtiger Auftraggeber, und sie hat eine Vorbildfunktion. Diese sollte sie auch beim Zahlungsverhalten ausüben.“

Kaum Rückgang bei Verbraucherinsolvenzen

Nicht ganz so deutlich wie bei den Unternehmen fällt der Rückgang bei den Verbraucherinsolvenzen aus. Deren Zahl sank 2016 um nur zwei Prozent auf 78.200. Dem steht die Zahl von 6,8 Millionen verschuldeten Verbrauchern gegenüber. Diese war nach Angaben von Creditreform zuletzt sogar noch gestiegen. „Es scheint, als gäbe es hier einen Sockel an harter Überschuldung, der sich auch durch eine optimal laufende Konjunktur nicht abbauen lässt“, erklärt Marion Kremer, Vizepräsidentin des BDIU. Für 2017 erwartet die Branche, wenn überhaupt, nur einen moderaten Rückgang der Privatpleiten.

Die Umfrage bestätigt: Hauptgrund, warum private Schuldner Rechnungen nicht bezahlen, ist Überschuldung. 80 Prozent der Inkassounternehmen machen diese Erfahrung. 64 Prozent beobachten ein unkontrolliertes Konsumverhalten als Nichtzahlgrund. Kremer: „Das betrifft vor allem jüngere Schuldner.“ Die BDIU-Vizepräsidentin glaubt, dass eine bessere finanzielle Bildung von Schülern und Verbrauchern präventiv helfen könnte.

Weizsäcker Stiftung hilft Überschuldeten

Wichtig sei aber auch die Unterstützung durch Institutionen wie zum Beispiel die Marianne von Weizsäcker Stiftung. Die Organisation wurde bereits vor gut 25 Jahren von der Ehefrau des damaligen Bundespräsidenten ins Leben gerufen. Ihr Ziel ist es, ehemals suchtkranke Menschen bei der beruflichen und sozialen Integration zu unterstützen. Betroffene, um die sich die Stiftung kümmert, haben im Schnitt Schulden in Höhe von rund 10.000 Euro. Bis heute hat sie über 5.000 Personen einen wirtschaftlichen Neuanfang ermöglicht.

„Wir verhandeln mit den Gläubigern unserer Klienten und versuchen dabei zunächst, die Höhe der Forderungen zu reduzieren, abgestimmt auf die maximale Leistungsfähigkeit der Betroffenen“, erklärt Rita Hornung, Geschäftsführerin der Stiftung. „Für diese Vergleichssumme stellt die Stiftung entsprechende Darlehen zur Verfügung, sodass die Betroffenen nur noch eine Rate auf überschaubare Zeit an nur einen einzigen Gläubiger – also die Weizsäcker Stiftung – zahlen müssen.“

Auch für Gläubiger sind solche Entschuldungen sinnvoll, sagt Hornung – obwohl diese dabei auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen. BDIU-Vizepräsidentin Marion Kremer stimmt zu: „Außergerichtliche Lösungen sind vergleichsweise unbürokratisch und vor allem lassen sie sich in einem zeitlich überschaubaren Rahmen realisieren – ein Insolvenzverfahren dagegen dauert bis zu sechs Jahre.“

Immerhin bis zu 42 Prozent der Forderungssummen könnten laut Schätzwerten aus der Inkasso-Umfrage realisiert werden, wenn sich Gläubiger und Schuldner auf tragfähige außergerichtliche Lösungen einigen. Bei gerichtlichen Verfahren liegt die Maximalquote mit 9 Prozent erheblich niedriger. Ein Grund: Im gerichtlichen Verfahren müssen aus der zur Verfügung stehenden Masse zunächst die Kosten des Verfahrens gedeckt werden, also für das Gericht sowie für den Treuhänder beziehungsweise Insolvenzverwalter. Im Durchschnitt betragen diese rund 2.000 Euro. „Zur Deckung der Gläubigerforderungen bleibt dann meist kein Geld mehr übrig“, so Kremer.

Weizsäcker Stiftung und BDIU loben dabei die Arbeit der Stephan-Kommission. „Die Kommission ist ein Pilotprojekt“, erklärt Rita Hornung, „das dazu beitragen soll, auf beiden Seiten das Verständnis für die Situation des jeweiligen Gegenübers zu stärken.“ Gemeinsam erörtern Vertreter von Gläubigern und Schuldnerberatern Wege für bessere außergerichtliche Einigungen. „Dabei auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, ist nicht immer einfach, und die Lösung muss auch nicht zwangsläufig in der Mitte liegen. Aber die Erfahrung zeigt, dass

außergerichtliche Einigungen mit verbindlichen Verpflichtungen für beide Seiten die besten Ergebnisse bringen.“

BDIU-Präsidentin Kirsten Pedd: „Die Überschuldung der privaten Haushalte ist ein Hemmnis für die Wirtschaftskraft in diesem Land. Wir – Wirtschaft, Verbraucher und die Politik – müssen gemeinsam mehr dafür tun, dass diese Überschuldung abgebaut wird. Die Schuldner von heute können die guten Kunden von morgen werden.“

Pressekontakt:

Marco Weber

Telefon: +49 (0) 30 / 206 07 36 40

Fax: +49 (0) 30 / 206 07 36 33

E-Mail: weber@inkasso.de

Unternehmen

Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V. (BDIU)

Friedrichstraße 50-55

10117 Berlin

Internet: www.inkasso.de

Über Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V. (BDIU)

Der BDIU wurde 1956 gegründet und ist der größte Inkassoverband Europas sowie der zweitgrößte weltweit. Er vereinigt 560 Inkassounternehmen, die rund 15.500 Mitarbeiter beschäftigen. Pro Jahr führen BDIU-Mitglieder durch ihre Rechtsdienstleistung gut 5 Milliarden Euro an offenen Forderungen der Wirtschaft wieder zurück. Die Auftraggeber der Inkassounternehmen beschäftigen rund 8 Millionen Menschen in Deutschland.